Skriptenbörse des

Die Liberalen an der WU-Wien

Verfasser: Klaus P. Postmann

Zusammenfassung

aus

Bachinger/Hemetsberger-Koller/Matis

Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart

5. Auflage, Wien 1994

Bachinger/Hemetsberger-Koller/Matis

Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart

Zusammenfassung der 5. Auflage, Wien 1994

1. Soziale Schichtung in der Monarchie (Agrarier, Bürgertum, Arbeiterschaft)

Den sozialen Unterbau der Habsburgermonarchie bildete ohne Zweifel die Agrar-bevölkerung. Noch 1850 wiesen große Teile der industriell fortschrittlichsten Länder einen Anteil von 50 - 80% auf. In Anbetracht der Größe der davon betroffenen Bevölkerung bedeutete die Auflösung des feudalen Patrimonialwesens und die Beseitigung der alten Untertanenverhältnisse eine tiefgreifende Umwälzung der Lebensverhältnisse. Der Bauernstand wurde ökonomisch und sozial in das freie Spiel der Kräfte einbezogen. Bedingt durch eine liberale Politik auch im Bauerntum kam es zu einer starken Güterzerstückelung, es entstand aus den zahlreichen abgewirtschafteten Kleinhäuslern und Nebenerwerbsbauern ein ländliches Proletariat. Nur in der Umgebung von Städten oder Fremdenverkehrsbereichen konnte sich der Kleinbauer durch Spezialisierung angemessene Preise sichern. Abhilfe sicherte erst die Gründung der genossenschaftlichen Lagerhäuser und Raiffeisenkassen.

Die städtische Gesellschaft teilte sich in eine soziale Oberschicht, die im Laufe der Zeit einen gemeinsamen Lebensstil entwickelten. Das Großbürgertum identifizierte sich ursprünglich stark mit dem Liberalismus, neigte später aber eher zum Konservativismus und schloß sich mit dem Adel zu einer gemeinsamen Abwehrfront zusammen. Die breite Schicht des Mittelstandes setzte sich hingegen zusammen aus den freien Berufen, dem mittleren Beamtentum und den Selbständigen, die durch die Mittelstandspolitik der Christlich-sozialen Partei unter Karl Lueger eine deutliche Aufwertung erfuhr.

Die Arbeiterschaft, die sich zunehmend als Massenbewegung politisch organisierte und in Gewerkschaften und Konsumvereinen neue Einflußbereiche erschloß, trat seit der Einigung der Sozialdemokratischen Partei wesentlich selbstbewußter auf. Deren geistige Führer waren Adler oder Renner. Es gelang, die Arbeitszeit auf 11 Stunden zu begrenzen, die Kinderarbeit zu verbieten und die Nachtarbeit von Frauen zu untersagen.

2. Entwicklung der Landwirtschaft bis zum 1. Weltkrieg

Mit der Grundentlastung von 1848 waren die alten Untertanenverhältnisse, das feudale Abgabenwesen und die Unterteilung in Dominikalland und Rustikalland beseitigt worden. Die Bauernschaft wurde in die marktwirtschaftlichen Verhältnisse einbezogen. Die führte zu einer intensiven Bewirtschaftung und zu einer Expansion der Agrikultur. Der Ausbau des Verkehrswesens begünstigte die ungarische Konkurrenz, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits Hauptlieferant für den Wiener Markt war. Noch am Vorabend des 1. Weltkrieges prägten Land- und Forstwirtschaft weitgehend den Charakter der Wirtschaft und Gesellschaft. Über die Hälfte der Erwerbstätigen entfielen auf diesen Sektor.

3. Liberale Reformen des Neoabsolutismus

Bestimmte infrastrukturelle Aufwendungen auf dem Verkehrssektor und im Schulwesen waren noch wenig effizient, bedeuteten aber für die Zukunft eine wertvolle Investition. Der Ausbau der ersten Eisenbahn war wegen der regionalen Niveauunterschiede und der ungünstigen Kombination der Bodenschätze von großer Bedeutung. Neben administrativen und Gesetzesreformen, dem Aufbau eines zeitgemäßen Kreditapparates und Verkehrsnetzes, der Liberalisierung des Außenhandels bei gleichzeitigem Abbau der Binnenzollschranken erfolgte mit der Grundentlastung und der Gewerbefreiheit die entscheidende Absage an die tausendjährige feudale, ständische und zünftische Vergangenheit. In den 50iger und 60iger Jahren fand daher eine beträchtliche Ausdehnung der Investitionen im Eisenbahnwesen und in der Industrie statt. Diese Phase bis 1873 bildete die „Gründerzeit“.

4. Die Ursachen der „relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit“ der Habsburgermonarchie

Die Industrialisierung der Habsburgermonarchie als eine Imitation des englischen Vorbildes stieß sowohl von den natürlichen Ressourcen als auch von den sozio-ökonomischen Voraussetzungen auf erhebliche Schwierigkeiten. Dazu trugen vor allem die ungünstige Kombination der für die Schwerindustrie wichtigen Rohstoffe und die handelspolitisch alles andere als optimale Binnenlage der Monarchie bei. Damit im Zusammenhang stand die geringe Entfaltung des Fernhandels, die schwache Ausprägung des arbeitsteilig organisierten Verlagswesen, und das Fehlen einer breiten, zur Großproduktion drängenden Unternehmerschicht. Auch das verspätete Einsetzen der liberalen Reformen trug dazu bei.

5. Konjunktur- und Krisenperioden bis 1913

Während die rund 25 Jahre umfassende Periode von 1848 bis 1873 im allgemeinen durch Aufwärtstrends gekennzeichnet war, folgte eine bis 1879 anhaltende Stagnation. Diese war neben einem drastischen Preisverfall auch durch Schrumpfungserscheinungen auf der Mengenseite der Produktion gekennzeichnet. Die Depression von 1973 bis 1879 sowie die beiden Konjunkturabflachungen 1883/86 und 1890/92 wurden durch zwei Aufstiegsperioden 1879/83 und 1886/90 unterbrochen. Die achtziger Jahre standen vor allem im Zeichen einer Umstellung der Volkswirtschaft auf neue Ressourcen und Wachstumssektoren. Der allgemeine konjunkturelle Aufschwung wurde nur 1901/04 und 1906/08 kurz unterbrochen. Die Zeit von 1873 bis 1896 wird auch als „Große Depression“ bezeichnet.

6. Regionale Schwerpunkte der Industrialisierung in der Monarchie

Die Schwerpunkte waren vor allem durch das Erzgebirge mit seiner vielschichtigen Struktur, der Prager Raum, die Schwerindustrie in Wagstadt, Freistadt und der Brünner Bereich, sowie das Wiener Becken, zum Teil in der Obersteiermark und die Vorarlberger Textilindustrie.

7. Handelspolitik und Handelspartner

Schon im Ausgleich von 1867 wurde das Festhalten an der liberalen Außenhandelspolitik von Österreich und Ungarn als eine Selbstverständlichkeit angesehen. Aber auch mit dem Anstieg des Protektionismus seit Beginn der achtziger Jahre kam es zu einem erneuten Bündnis zwischen ungarischen Agrariern und österreichischen Industriellen, denen es gelang, 1882 einen neuen Außenhandelstarif durchzusetzen, der erhebliche Zollerhöhungen für Getreide, Mehl und Vieh sowie für Ind. produkte vorsah. Haupthandelspartner der Monarchie war Deutschland mit rund 40% aller Im- und Exporte, gefolgt von England, Italien, Rußland und die USA.

8. Eisenbahnen und Schiffahrt

Die ersten Eisenbahnlinien gingen auf Privatinitiative zurück. Sehr bald aber ließen die geringen Erträge der Privatbahnen den Ruf nach Staatshilfe laut werden. Der nach 1854 einsetzende Eisenbahnboom wurde durch die Krise von 1857 kurz unterbrochen und erst während der Gründerjahre fortgeführt, als der offenkundige Nachholbedarf Österreichs wieder das Interesse in- und ausländischer Kapitalkreise erweckte. Aus militärischen, vor allem auch aus fiskalischen Rücksichten wurde daher die Rückkehr zum Staatsbahnsystem gefordert.

In der Binnenschiffahrt nahm die 1829 gegründete Donaudampfschiffahrtsgesellschaft eine dominierende Position ein. Mit 129 Dampfern und 858 Schleppkähnen und einem Kapital von 90. Mill. Kronen zählte sie zu den größten Flußschiffahrtsunternehmen der Welt.

9. Welche neuen Währungen wurden in der 2. Hälfte des 19. Jh. eingeführt

1857 konnte mit dem deutschen Zollverein die Wiener Münzkonvention abgeschlossen werden. Die neue österreichische Währung, die nunmehr anstelle der seit 1753 bestehenden Konventionsmünze trat, basierte auf dem Silbergulden. Königgrätz bedeutete allerdings das Ausscheiden der Monarchie aus dem deutschen Münzverband und eine Annäherung an die Lateinische Münzunion, deren Währungssystem auf dem Bimetallismus beruhte. Als neue Einheit wurde die Krone festgelegt, die dem Wert eines halben Gulden entsprach. Österreich-Ungarn praktizierte als erster Staat das System einer Gold-Devisen-Währung, und die Notenbank entwickelte eine eigene aktive Devisenpolitik.

10. Das Schwarzenberg-Bruck Konzept

Das Projekt des „Siebzig-Millionen-Reiches“, wie es Fürst Schwarzenberg und Handels- und Finanzminister Bruck propagierten, sah die Schaffung eines großen. gemeinsamen mitteleuropäischen Marktes und Wirtschaftsgebietes vor.

11. Der Ausgleich

Seit 1867 waren Österreich und Ungarn in Form einer Realunion mit gemeinsamen Monarchen und gemeinsamer Außen-, Finanz- und Verteidigungspolitik verbunden. Daneben gab es eine gemeinsame Zoll- und Handelspolitik, die Festsetzung des Geld- und Münzwesens, die gem. Eisenbahnen und die Aufbringung der Kosten für die Gebarung des Gesamtstaates. Ansonsten garantierten die jeweils auf 10 Jahre vereinbarten Ausgleichsbedingungen beiden Reichshälften weitgehende Autonomie.

12. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Reaktionen auf die Krise von 1873

Die während des konjunkturellen Niedergangs fühlbar gewordene Erschütterung der freien Marktwirtschaft weckte das Bedürfnis nach sozialer Kontrolle und kollektiver Sicherheit anstelle des liberal-individualistischen Wettbewerbsprinzips. Es folgte die Rückkehr zu einem Denken in zunftmäßigen Kategorien, zu staatlicher Reglementierung und einseitiger Förderung bestehender Kleinbetriebe. Die mit dem modernen Kapitalismus hochgekommenen neuen Gesellschaftsschichten sollten bekämpft werden, was sich im Antikapitalismus, Antisemitismus und Antiliberalismus ausdrückte.

13. Der Koerber-Plan

Koerber versuchte durch infrastrukturelle Aufwendungen eine zielbewußte Strukturpolitik zum Ausgleich des regionalen Wachstumsgefälle zu betreiben. Der Plan galt zur Eindämmung des Nationalitätenkonfliktes. Er scheiterte nicht zuletzt am herrschenden Fiskalismus, an der Allmacht der Bürokratie und der staalichen Kontrolle.

14. Sozialpolitik der 1. Republik

Die sozialpolitischen freien Gewerkschaften - sie erfaßten mehr als 70% der Arbeiter - konnten neben lohnpolitischen Erfolgen auch beachtliche sozialpolitische Fortschritte erzielen. In der Periode der sozialpolitischen Vorherrschaft zwischen 1918 und 1920 wurden vor allem auf Initiative der Gewerkschaften weitreichende Sozialgesetze verabschiedet: Arbeitslosenfürsorge bzw. -versicherung, Einführung des achtstündigen Arbeitstages, des Arbeitsurlaubs und der kollektiven Arbeitsverträge. Mit der Installierung der Betriebsräte und der Arbeiterkammern erfolgte ein wesentlicher Ausbau der Interessensvertretungen der Arbeiterschaft. In der Folge jedoch trat aufgrund der bürgerlichen Alleinregierung eine sozialpolitische Stagnation ein. Es kam zur Bildung von Einheitsgewerkschaften, von Werkgemeinschaften und zu einem Streik- und Aussperrungsverbot.

15. Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1918 - 1939

Nur in den Anfangsjahren der Republik kam es zu einer Auslastung der vorhandenen Arbeitskraftkapazitäten. Die Nachkriegsarbeitslosigkeit wurde rasch überwunden und in der Zeit der Inflationskonjunktur 1920/21 herrschte sogar weitgehende Vollbeschäftigung. Seit der Währungsstabilisierung wurde jedoch die Arbeitslosigkeit zu einem Signum der österreichischen Wirtschaftsentwicklung. Die Arbeitslosenrate lag zwischen 1923 und 1929 bei ca. 9,5% und stieg im Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1933 auf 25,9%.

16. Die Folgen der wirtschaftlichen Desintegration

Es kam zu einem Antiinterventionismus, der beschäftigungspolitische Überlegungen kaum aufkommen ließ. Durch unbewältigte Strukturprobleme und durch die Ausdehnung des Arbeitskräftepotentials bildeten wichtige Kausalfaktoren für eine hohe Arbeitslosigkeit. Es kam zu einem Wandel der Familienstrukturen, allgemein verringerte sich das häusliche Personal. Im Gewerbe verlor die Unterbringung von Gesellen und Lehrlingen beim Meister weiter an Bedeutung. Auch die positiven Ansätze im Bildungsbereich wurden unterbrochen. Die gesellschaftspolitische Frontstellung zwischen katholischer Kirche und Sozial-demokratie bewirkte immer wieder starke Spannungen in der Schulpolitik.

17. Phasen der Wirtschaftsentwicklung 1918 - 1944

Die Periode zwischen 1919 und 1922 stand im Zeichen einer ständig eskalierenden Nachkriegsinflation. Den Ausgangspunkt bildete die Geldschöpfung im Rahmen der Kriegsfinanzierung. Den Höhepunkt erreichte die Hyperinflation im Sommer 1922. Die Währungsrekonstruktion, die durch die Genfer Protokolle vom Oktober 1922 eingeleitet wurden und in deren Mittelpunkt die Sanierung des Staatshaushaltes durch eine Völkerbundanleihe stand, löste eine Stabilisierungskrise aus. Die danach entstandene Wachstumsdynamik entstand primär in Folge der verstärkten Binnennachfrage durch den Nachholbedarf nach dem Krieg. Sie verflachte jedoch ab 1926. 1929 war die österreichische Wirtschaft noch nicht stark genug, um der Weltwirtschaftskrise standhalten zu können. Besonders im Frühjahr 1931 schlug die Depression voll auf Österreich nieder, die durch den Zusammenbruch der Creditanstalt verschärft wurde. Die schwere Krise mündete in einer hartnäckigen Depression, die bis 1938 anhielt.

18. Strukturveränderungen in der Landwirtschaft und Agrarpolitik

Die Republik verfügte nicht mehr über jene breiten Produktionsgrundlagen wie die untergegangene Monarchie. Dennoch zählte die Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit zu den wenigen expansiven Sektoren mit einer jährlichen Zuwachsrate von 0,6%. Nach Ausbruch der Wirtschaftskrise wurde ein umfassendes System einer Schutz- und Lenkungspolitik installiert. Man ging zu einer preis- und mengenmäßigen Außenhandelsregelung für Getreide über, die durch direkte Subventionen sowie durch Exportförderungen ergänzt wurde. Günstig waren die Voraussetzungen in der Viehzucht, wo vor allem die Schweinezucht intensiviert wurde.

19. Entwicklungstendenzen des industriellen Sektors

Wesentlich besser als in der Landwirtschaft schnitt Österreich bei der Aufteilung der gewerblichen Produktion ab. 42,7% des Produktionsvolumens entfielen auf den neuen Kleinstaat. Dennoch bildete gerade dieser Sektor eine permanente Schwachstelle in der österreichischen Wirtschaft. Durch den Zerfall des früheren zollgeschützten Wirtschaftsgebietes kam es zu Anpassungsschwierigkeiten wie die erhöhte Außenhandelsabhängigkeit sowohl im Rohstoffbezug als auch im Absatz der Fertigwaren. Seit Beginn der 20iger Jahre setzte jedoch, begünstigt durch die stimulierende Inflation, ein industrieller Aufschwung ein, der nach der Währungsstabilisierung andauerte. Dennoch waren die Investitionen zu gering, um eine durchschlagende Adaption an die veränderten Verhältnisse zu gewährleisten. Diese Tatsache ließen den Rückschlag in der Weltwirtschaftskrise besonders kraß ausfallen. Dennoch blieb die Industriestruktur während der Zwischenkriegszeit bemerkenswert stabil.

20. Umschichtungen im österreichischen Außenhandel

Die österreichische Republik war durch eine hohe Außenhandelsabhängigkeit gekennzeichnet, da sich die früheren Binnenhandelsbeziehungen nunmehr als Außenhandelsbeziehungen darstellten. Erschwert wurde die Situation dadurch, daß die übrigen Staaten Handelsschranken errichteten, um ihre eigene Wirtschaft zu fördern. Es bestand auch das Faktum, daß der Kleinstaat hauptsächlich Rohstoffe und Nahrungsmittel importieren mußte, während seine Exporte überwiegend aus entbehrlichen Ind. waren bestanden. An Intensität verloren besonders in den 30iger Jahren die Handelsbeziehungen mit den Nachfolgestaaten. Wichtigster Handelspartner wurde seit den 20iger Jahren das Deutsche Reich. Ausgebaut wurden die Handelskontakte mit Ungarn und Italien durch den Abschluß der „Römischen Protokolle“.

21. Der Fremdenverkehr 1918 - 1939

Zunehmende wirtschaftliche Bedeutung gewann der Fremdenverkehr. Bedingt durch das niedrige Preisniveau wurden viele Ausländer angelockt. Durch kulturelle Veranstaltungen (Salzburger Festspiele, Wiener Festwochen) kam es zu einem Anstieg der Fremdenmeldungen um 82% zwischen 1923 und 1929/30. Zu einem schweren Rückschlag kam es 1933 durch die von Hitler verhängte „1000-Mark-Sperre“, die vorsah, für jede Reise eines deutschen Staatsbürgers nach Österreich eine Gebühr von 1000 Reichsmark zu erheben. Diese Regelung ebnete den Boden für die Machtergreifung der Nationalsozialisten.

22. Die Großbanken - Geschäftspolitik und Krisenerscheinungen

Im Zuge des Umschlags zum organisierten Kapitalismus bildete sich eine enge Symbiose von Bank- und Industriekapital. Das Wiener Finanzkapital war an nahezu allen wichtigen Industrieunternehmungen

beteiligt, und in vielen Fällen beherrschte es sie weitgehend. Die starke Expansion des Bankensektors in den ersten Nachkriegsjahren schien den vorherrschenden Optimismus zu bestätigen. Die Währungsreform und vor allem der Börsenkrach offenbarten jedoch die Instabilität dieses Wirtschaftszweiges. Bankzusammenbrüche und -skandale wurden seit 1924 zu einem Signum der österreichischen Wirtschaftsentwicklung. Die Ursachen für die Krise lagen darin, daß die Kapitalkraft der Institute durch die Inflation und durch mißglückte Spekulationen geschwächt wurde. Durch die enge Verknüpfung mit der Industrie mußten auch die oft beträchtlichen Verluste der Konzernunternehmen getragen werden. Den Höhepunkt erreichte die Bankkrise im Frühjahr 1931 mit der Insolvenz der Creditanstalt.

23. Die These von der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit Österreichs

Diese These entsprang nicht einer rationalen Analyse der ererbten Ressourcen, sondern sollte primär den Anschlußambitionen den Anstrich wirtschaftlicher Notwendigkeit verleihen. Sie wurde über alle Parteigrenzen hinweg zur bevorzugten Rechtfertigungsideologie für unterschiedliche politische Zielsetzungen, sie diente aber oft auch zur Rechtfertigung wirtschaftlicher Fehlschläge. In den 30iger Jahren griff der Nationalsozialismus dieses Schlagwort auf und bemäntelte damit seine expansionistischen Bestrebungen.

24. Sozialisierungsbestreben nach dem 1. Weltkrieg

1919 legte der Sozialdemokrat Otto Bauer das Konzept der Sozialisierungspolitik vor. Angestrebt wurde neben einer Sozialisierung des Großgrundbesitzes, der Wohnungswirtschaft und der Großbanken vor allem die Vergesellschaftung des Industriesektors. Hierbei sollten Unternehmungen zu ihrem vollen Wert den Eigentümern abgelöst werden und die Entschädigungssummen durch eine progressive Vermögensabgabe aller Kapitalisten und Großgrundbesitzer aufgebracht werden. Durch den „Druck nach Rechts“ blieb aber nichts von diesen Bestrebungen übrig.

25. Genfer Protokolle und Lausanner Abkommen

Im Mittelpunkt der Genfer Protokolle von 1922 stand die Sanierung des Staatshaushaltes durch eine Völkerbundanleihe in der Höhe von 650 Mill. Goldkronen. Zusammen mit dem Friedensvertrag verlor die politische Anschlußbewegung an Aktualität. Die Anschlußdiskussion blieb jedoch weiterhin rege. In Phasen des Aufschwungs ebbte sie ab, in Krisenzeiten verstärkte sie sich.

Das Lausanner Protokoll gewährte im Juni 1932 nach zahlreichen Schwierigkeiten eine Völkerbundanleihe von 308,6 Mill. Schilling. Diese Anleihe wurde ausschließlich zur Rückzahlung schwebender Schulden an das Ausland und Rückzahlungen der Bundesbahn an die Nationalbank verwendet.

26. Deflationspolitik in der Weltwirtschaftskrise

Die Währungskrise aufgrund der CA-Pleite brachte Österreich erneut in Abhängigkeit von den westlichen Finanzmächten. Stützungskredite waren innerhalb kürzester Zeit erschöpft. Es blieb nichts anderes übrig, als durch Kürzungen der Beamtengehälter und durch Erhöhung von Verbrauchssteuern das Budget auszubalancieren.

Die Notenbank strebte vor allem nach einer Aufrechterhaltung der Goldparität des Schillings, der auf den freien Devisenmärkten eine zunehmende Entwertung erfahren hatte. Die Restriktionsmaßnahmen, die besonders die Industrie schwer trafen, brachten jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Der deflationistischen Konzeption der Wirtschaftspolitik entsprach schließlich auch die Verwendung der Völkerbundanleihe, die durch das Lausanner Protokoll 1932 gewährt wurde.

27. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates

Der autoritäre Weg, den der christlichsoziale Bundeskanzler Dollfuß einschlug, entsprach einer inneren wirtschaftspolitischen Entwicklungslogik. Von der Zerstörung der Demokratie und von der Zerschlagung der Arbeiterbewegung erwartete sich das österreichische Bürgertum eine Umverteilung der schweren wirtschaftlichen und finanziellen Opfer, die der Deflationskurs aufzwang. Zur Absicherung der kleinbürgerlichen-bäuerlichen Basis wurde ein System weiterer protektionistischer Maßnahmen gesetzt. Die Lenkungs- und Subventionspolitik in der Landwirtschaft wurde ausgebaut, der Forderung des Kleinhandels

nach Konkurrenzbeschränkung wurde entsprochen. Vorrangiges Ziel der Finanzpolitik blieb die Kreditwürdigkeit im Ausland.

28. Wirtschaftliche Aspekte des Anschlusses

Die wirtschaftliche Stagnation und die unbewältigte Arbeitslosigkeit eröffneten der Offensive des Nationalsozialismus breite Angriffsflächen.
Die kriegswichtigen Eisenerz- und Magnesitlager, die ungenutzten Wasserkräfte, das brachliegende Industriepotential und das Heer von 400.000 Arbeitslosen standen nunmehr für die weitere wirtschaftliche Mobilisierung des Dritten Reiches ungehindert zur Verfügung. Ziel der neuen Machthaber war vor allem die rasche Angleichung der beiden Volkswirtschaften, wobei das wirtschaftspolitische Instrumentarium offensichtlich bereits im Rahmen der geplanten deutsch-österreichischen Währungsunion vorbereitet war. Die zahlreichen wirtschaftlichen Aktivitäten entsprangen ausschließlich den Interessen und Bedürfnissen der deutschen Kriegswirtschaft.

29. Was versteht man unter Sozialpartnerschaft - Institution und Praxis

Die Sozialpartnerschaft ist eine freiwillige Zusammenarbeit der Unternehmer und der Arbeitnehmer zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme auf überbetrieblicher Ebene. Zweifellos kann die konfliktfreie Entwicklung der Gesellschaft auf die Politik der Sozialpartnerschaft zurückgeführt werden. Niedrige Arbeitslosenraten und eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung vermieden sprunghafte Veränderungen im sozialen Gefüge. Früher wohl kaum vermeidbare Klassenkämpfe wurden durch stetige Reallohnsteigerungen vermeidbar.

30. Der Arbeitsmarkt seit 1945

Grundsätzlich zeigt sich eine Verschiebung zum Angestelltensektor. Das Verkaufspersonal expandierte besonders stark, aber auch der verstärkte Bedarf an Lehrern sowie an Büro- und Verwaltungsangestellten trug dazu bei. Die Arbeiter konnten sich bis 1971 als zahlenmäßig stärkste Gruppe behaupten. Auch ist in Österreich eine hohe Frauenbeschäftigung feststellbar. Die Industriegesellschaft brachte der Landwirtschaft die tiefgreifendsten Veränderungen. Von 1951 bis 1982 hat sich die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen auf ca. ein Viertel reduziert.
Die Arbeitslosigkeit konnte in der 2. Republik in Grenzen gehalten werden. Erst die langanhaltende Wachstumsschwäche in den 80iger Jahren schuf auch in Österreich Probleme auf dem Beschäftigungssektor.

31. Phasen der Konjunkturentwicklung

Die Konjunkturentwicklung verlief in Österreich bis zur großen Rezession 1975 relativ stabil. Durch ein wiederholtes Nachhinken gegenüber wirtschaftlichen Wechsellagen der Haupthandelspartner konnte Wachstumsschwankungen besser begegnet werden. Der große Anteil der verstaatlichten Unternehmungen im konjunkturreagiblen Grundstoffbereich und die positiven Effekte, die von der Sozialpartnerschaft ausgingen, begünstigten eine beständige Entwicklung. Der weltweite Wachstumsknick 1975 konnte in Österreich relativ gut bewältigt werden. Erst die 2. Erdölpreiskrise 1979/80 löste auch in Österreich eine langanhaltende Stagnationsphase aus.

32. Strukturwandel in der Landwirtschaft

Der niedrige Mechanisierungsgrad 1939 konnte durch eine stürmische Mechanisierungswelle nach dem Krieg wettgemacht werden. Erzeugte 1951 eine landwirtschaftliche Arbeitskraft Nahrungsmittel für 4 Personen, so war es 1980 für 23 Personen. Eine zweite Komponente in der Strukturveränderung umfaßte die Abwanderung der Arbeitskraft in den Industrie- und Dienstleistungssektor. Obwohl die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den letzten 25 Jahren um zwei Drittel reduziert wurde, hat sich die Zahl der Betriebe kaum verringert.

33. Wachstumsdynamik und Strukturverschiebungen in der Industrie

Zwischen 1955 und 1980 konnte eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von ca. 5% erzielt werden, ein Erfolg, der der österreichischen Industrie eine Spitzenstellung im internationalen Vergleich sicherte. Kriegsbedingt hatte sich das Schwergewicht im Produktionsapparat von der Konsumgüterindustrie zur

Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie verlagert. In den 60iger Jahren folgte auf den Wachstumshöhenflug der Nachkriegszeit eine Abschwächung. Das Ende der Wiederaufbauperiode zeichnete sich ab. So verschob sich die Nachfrage wiederum von Investitions- zu Konsumgütern. Neben dieser Strukturkrise mußte Österreich auch die Schlechterstellung auf den Märkten innerhalb der EWG bewältigen. Ab 1975 verlangsamte sich das Wachstum der Industrieproduktion merklich. Man wurde vor allem mit der Konkurrenz der Niedrig-Preis-Länder konfrontiert.

34. Europäische Integration und die Auswirkungen auf den Außenhandel

Die weltweite Umstrukturierung in sämtlichen Wirtschaftszweigen kamen in Österreich in der ersten Hälfte der 60iger Jahre zum Tragen. Insbesondere prägte der Beitritt zur europäischen Freihandelszone die österreichische Wirtschaftspolitik. Die Entscheidung für die EFTA schien aufgrund des im Staatsvertrag verankerten Anschlußverbotes an Deutschland und aus neutralitätsrechtlichen Gründen unumgänglich. Dennoch konnte 1972 ein Freihandelsvertrag mit der EG unterzeichnet werden. Insgesamt stieg der österreichische Export von 1950 bis 1960 fast auf das Fünffache, von 1960 bis 1974 abermals auf das Vierfache. Die bis 1965 weitgehend stabile Importquote stieg von diesem Zeitpunkt bis 1981 kräftig an.

35. Veränderungen im Verkehrssektor

In den letzten Jahrzehnten wurde die Eisenbahn als Hauptverkehrsträger von der Straße abgelöst. Die stürmische Expansion im Straßenverkehr begann erst 1954 mit der Liberalisierung der Fahrzeugeinfuhr und der Autozollsenkung.

Das Verkehrsvolumen auf der Donau war bis 1960 durch langfristige Abkommen mit der Sowjetunion und Transporte für die VOEST/Linz begünstigt. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Transport per Schiff noch wesentlich bedeutender als auf der Straße.

In der Luftfahrt spiele Österreich bis zur Gründung der AUA 1957 eine untergeordnete Rolle. Ausländische Gesellschaften übernahmen bis zum Staatsvertrag den Österreich von den Alliierten untersagten Flugverkehr.

36. Die Neuordnung des Währungswesens nach 1945

Ein erster Schritt zur Neuordnung des Währungswesens wurde mit dem Schillinggesetz von 1945 gesetzt. Der österreichische Schilling galt wieder als gesetzliches Zahlungsmittel. Reichsmark und alliierte Militärschilling wurden schrittweise außer Kraft gesetzt. Allerdings konnte der Geldüberhang erst durch das Währungsschutzgesetz von 1947 wirksam abgeschöpft werden. Erst 1953 - bedingt durch die Währungsstabilisierung - stiegen die Spareinlagen sprunghaft an. Die Neuordnung der Notenbank 1955 und schärfste Restriktionsmaßnahmen auf dem Geldsektor reglementierten in der Folge den gesamten Kreditapparat. Besonders dominant im österreichischen Kreditapparat ist der öffentliche Sektor. Zwei der größten Banken, die CA und die Länderbank, wurden 1946 verstaatlicht.

37. Verstaatlichung nach dem 2. Weltkrieg

Staat und Wirtschaft sind in Österreich stark verbunden. Der Staat tritt als Unternehmer auf und verschafft sich durch eine hohe Verstaatlichungsquote politischen Zugriff auf große Bereiche der Wirtschaft. Während der Nachkriegszeit herrschte die Ansicht, daß der Wiederaufbau große Investitionen erforderte, die nicht von der privaten Seite aufzubringen waren. Auch war die Verstaatlichung oft die einzige Möglichkeit, den Alliierten das „Deutsche Eigentum“ zu entziehen.

38. Raab-Kamitz-Kurs, 1953

Kernstück der Kamitzschen Politik war eine dreimalige Steuersenkung, die den Leistungswillen fördern, die Investitionen erhöhen und die Vormachtstellung des Staates zurückdränge sollte. Während die Ankurbelung der Wirtschaft vorrangig der privaten Unternehmerinitiative überlassen blieb, übernahm der Staat mit einem zehnjährigen Investitionsprogramm den Ausbau der Infrastruktur.

39. Wirtschaftliche Konsequenzen des Staatsvertrages

Positive Aspekte für Österreich ergaben sich durch die Rückgewinnung eines bedeutenden Wirtschaftspotentials, die Beendigung des illegalen Osthandels und des unkontrollierten Kapitaltransfers. Mir rund 2 Mrd. Schilling wurden jene Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag beziffert, die sich aus Entschädigungszahlungen, Besatzungsschäden und Kriegsschäden ergaben. Die finanzielle Belastung aus dem Staatsvertrag wurde 1959 bereits mit 10 Mrd. Schilling beziffert.

40. Austro-Keynesianismus

Die wirtschaftspolitischen Ziele des Austro-Keynesianismus bildeten insbesondere seit der Rezession 1975 die Sicherung der Vollbeschäftigung, ein Maßhalten in der Lohnpolitik und Eingriffe in die Preispolitik. Beträchtliche Budgetdefizite wurden in Kauf genommen, jedoch nicht wie bei früheren Konjunktureinbrüchen in den folgenden Jahren wieder abgebaut. Zu den spezifisch österreichischen Phänomenen zählte der Einsatz der Hartwährungspolitik (Wechselkurspolitik) zur Preisstabilisierung. Damit gelang das Ankoppeln an die Stabilität der Nachbarländer Deutschland und Schweiz.

41. Wirtschaftsgeschichte Österreichs ab 1848

Gründerzeit

1848	**Revolution**, Aufstand in Wien, Ungarn wird selbständiger Staat; Grundentlastung, *Schwarzenberg-Bruck-Abkommen*
1857	*Wiener Münzkonvention* mit deutschem Zollverein (Silbergulden)
1859	*Gewerbefreiheit*
1866	Niederlage bei **Königgrätz**
1867	**Ausgleich** zwischen Österreich und Ungarn Gründerboom - Eisenbahnbau, *Lateinische Münzkonvention* (Bimetallismus)
ab 1870	Gründung von *Gewerkschaften*
1873	**Börsenkrach**, große Depression
bis ca. 1896	Antikapitalismus, Antiliberalismus, **Protektionismus**, *Koerber-Plan*
bis 1914	Aufschwungphase

1918 bis 1920	**Sozialpolitische Vorherrschaft**, Nachkriegsinflation
1919	*Sozialisierungspolitik* Otto Bauer - Vergesellschaftung der Industrie
bis 1922	Vollbeschäftigung
Sommer 1922	Hyperinflation - **Genfer Protokolle** mit Völkerbundanleihe
ab 1922	**Wachstumsdynamik** - Nachholbedarf nach dem Krieg, industrieller Aufschwung
1929	großer **Börsenkrach** - Beginn der Depression, Weltwirtschaftskrise
1931	*CA - Pleite*
1932	**Lausanner Protokolle** - Völkerbundanleihe, *Deflationspolitik*

	1932 bis 1938	**Ständestaat** unter Dollfuß und Schuschnigg
liberale Phase	1945 bis 1966	**große Koalition**, *Schillinggesetz,* Konsenswilligkeit
	1953	Währungsstabilisierung, **Raab - Kamitz - Kurs**, dreimalige Steuersenkung
	1955	Neuordnung der Notenbank
	1962	*Raab - Olah - Abkommen*, Paritätische Preiskommission
	1966 bis 1970	*ÖVP Alleinregierung* unter Klaus
	1970 bis 1983	*SPÖ Alleinregierung,* Austro-Keynesianismus
	1983 bis 1987	kleine Koalition SPÖ und FPÖ